

BN: Nutzwald muss Klimawald werden

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN HENRY STERN

Der Bund Naturschutz verlangt die Gewinnorientierung der Staatsforsten aufzugeben. Statt Holzverkauf müsse im Staatswald ein Umbau zum Klimawald das Ziel sein.

München — Der Bund Naturschutz (BN) fordert einen klaren Kurswechsel bei der Bewirtschaftung der bayerischen Staatswälder: „Klimaschutz, Artenvielfalt, Erholung und weitere Schutzfunktionen sind in den 800 000 Hektar großen Staatswäldern viel wichtiger als Gewinnstreben und Holzverkauf“, findet der BN-Landesvorsitzende Richard Mergner.

Der von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) im Sommer 2019 verkündete Kurswechsel bei der Bewirtschaftung des Staatswaldes in Richtung Nachhaltigkeit und Naturschutz müsse sich deshalb nun auch endlich im Bayerischen Waldgesetz widerspiegeln, verlangt Mergner. So müsse im Waldgesetz etwa der Vorrang der Gemeinwohlleistungen vor der Holznutzung klar festgeschrieben und der Staatswald zum „Bürgerwald“ erklärt werden. Darüber hinaus müssten künftig „die Leistungen des Staatswaldes für das Gemeinwohl unabhängig von schwankenden Holzpreisen aus dem Staatshaushalt finanziert werden“, so Mergner.

Seit einer Forstreform im Jahr 2005 sollen die Bayerischen Staatsforsten als staatliches Unternehmen wirtschaftlich arbeiten. Daraus ergebe sich jedoch ein Geschäftsmodell, „das auf die Holznutzung und die Erträge daraus fixiert ist“, kritisiert der BN. Dies mache die Staatsforsten aber extrem von den Holzpreisen abhängig. Wegen des Klimawandels und damit verbundener Wetterextreme müsse jedoch mit mehr Schadholz, fallenden Holzpreisen und sinkendem Holzzuwachs gerechnet werden. Auch deshalb müsse das Geschäftsmodell der Staatsforsten unabhängig von Erträgen am Gemeinwohl ausgerichtet werden.

Im Jahr 2020 hatten die Staatsforsten erstmals seit 2005 im operativen Geschäft ein Minus von rund 36 Millionen Euro ausweisen müssen. Verantwortlich dafür waren sinkende Holzpreise, Sturmschäden und der Befall durch Borkenkäfer. Um die Schäden aufzuarbeiten und um den Wald durch Umbau auf den Klimawandel vorzubereiten, kündigte die Geschäftsführung zudem an, rund 100 Millionen Euro Schulden am Kapitalmarkt zu machen. Intern wurde zudem ein Reformprogramm „Forstbetrieb 2030“ begonnen, um die Staatsforsten „in Zeiten des Klimawandels als modernen und leistungsfähigen Forstbetrieb aufzustellen“, wie Forstministerin Michaela Kaniber (CSU) erklärt.

Der finanzielle Druck auf die Staatsforsten dürfe aber nicht auch noch zum personellen Kahlschlag führen, warnt der BN-Waldexperte Hans Kornprobst. Gerade der Umbau zum Klimawald erfordere vielmehr ausreichend qualifiziertes Personal in den Forstbetrieben.

Das Projekt „Forstbetrieb 2030“ ziele nicht auf einen Personalabbau in den Forstbetrieben, entgegnet Forstministerin Kaniber: „Ich finde es bedauerlich, dass der BN hier auf Basis von Mutmaßungen Ängste schürt.“ Mögliche Reformmaßnahmen würden derzeit noch intern diskutiert. Die Neuausrichtung erfolge aber im Sinne der von Ministerpräsident Söder angekündigten „Ausrichtung auf den Klimawald“, beteuert Kaniber.

Söders Worten müssten nun aber endlich Taten folgen, drängt der BN: „Es reicht nicht, wie Söder nur Bäume zu umarmen“, kritisiert Waldreferent Ralf Straußberger. So sei etwa der Holzeinschlag im Staatswald noch immer viel zu groß.